

Wer schützt die, die andere schützen?



Mir geht es sicher wie vielen von euch. Der Albtraum einer jeden Polizistin, eines jeden Polizisten und eines jeden aus der gesamten Polizeifamilie ist eingetreten, ein Kollege ist tot. Getötet im Dienst bei der Absicherung einer Veranstaltung. Wie oft war man doch selbst bei solchen oder ähnlichen Einsätzen. Und so sitzen noch immer der Schock, das Mitgefühl, die Trauer und Fassungslosigkeit tief in mir. Wieder musste „einer von uns“ sein Leben lassen.

Viele haben die Videos zu diesem feigen Mord – anders kann und will ich das nicht bezeichnen – gesehen. Diese Bilder

solche Situation schnell ausnutzen müssen, um politisches Kapital daraus zu schlagen, um mit schnellen populistischen Schuldzuweisungen und mehrseitigen Forderungskatalogen möglichst oft in den Medien und der Öffentlichkeit präsent zu sein. Ich bin stolz darauf, dass die GdP anders tickt. Für die GdP-

brennen sich in deinen Kopf ein. Und mein erster Gedanke war, was ist mit den Kolleginnen und Kollegen, die vor Ort dabei waren? Für die Rouven vielleicht Vorgesetzter, Kollege und Freund war. Und dann die Frage, was ist mit der Familie, den Angehörigen, allen anderen Menschen und Freunden, die ihn gekannt haben, die das auch sehen mussten? Viele Fragen waren in mir. Wie geht es ihnen? Wer kümmert sich um sie? Kümmert sich überhaupt einer? Und wie geht es weiter?

Vielleicht gibt es Personen, die eine

Familie war unstrittig klar, jetzt müssen wir unseren Gefühlen Raum geben, gemeinsam trauern und Rouven Respekt zollen. Daher möchte ich allen von euch danken, die mit vielen kleinen und großen Gesten der Familie, den Freunden und Kollegen in dieser Zeit Halt und Zuversicht gegeben haben.

Bald aber ist es an der Zeit, mit dem nötigen emotionalen Abstand und nach Abschluss der Ermittlungen diesen Polizistenmord intensiv auszuwerten, Schlussfolgerungen daraus zu ziehen, diese zu den politischen Entscheidern zu tragen und eine Umsetzung einzufordern.

In Deutschland arbeitet eine Bürgerpolizei. Sie ist ein Teil der Gesellschaft und will es auch ganz bewusst sein. Die Polizei hilft und schützt! Sie macht aber auch denen, die gegen die Regeln unserer Gesellschaft verstoßen, klar, wo die Grenzen sind. Polizistinnen und Polizisten sind rund um die Uhr im Einsatz, oft dort, wo sich Konflikte abspielen und Menschen zu Tätern oder Opfern werden. Sie sind für viele der ansprechbare und sichtbare Vertreter des Staates. Dabei werden Polizeibesetzte oft zum „Prellbock der Gesellschaft“. Wir geben tagtäglich 100 Prozent Einsatz. Nicht mehr fordern wir zurück. ■



DP – Deutsche Polizei
Mecklenburg-Vorpommern

Geschäftsstelle
Platz der Jugend 6, 19053 Schwerin
Telefon (0385) 208418-10
Telefax (0385) 208418-11
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Marco Bialecki (V.i.S.d.P.)
Telefon (0385) 208418-10

Post bitte an die
Landesgeschäftsstelle (s. links)



Große Anteilnahme bei Kundgebung am Tatort

Mannheim: Rund 8.000 Menschen haben sich am 3. Juni 2024 auf dem Mannheimer Marktplatz versammelt. Gemeinsam mit Bundesinnenministerin Nancy Faeser, Landesinnenminister Thomas Strobl, Oberbürgermeister Christian Specht, dem GdP-Landesvorsitzenden Gundram Lottmann und dem

Mannheimer GdP-Vorsitzenden Thomas Mohr wurde des verstorbenen Polizisten gedacht. Es fand auch ein interreligiöses Friedensgebet von Juden, Christen, Muslimen und Aleviten statt, das die Gemeinschaft und den Wunsch nach Frieden und Zusammenhalt unterstrich. Durch die große Teilnahme der Bevölkerung

wurde ein starkes Zeichen für Frieden und Zusammenhalt in der Stadt gesetzt. Unter Applaus begrüßte die Bevölkerung in der Innenstadt Dutzende Polizistinnen und Polizisten, die zu Ehren unseres Kollegen am Tatort innehielten.

GdP Mannheim – Thomas Moor



Foto: GdP MV



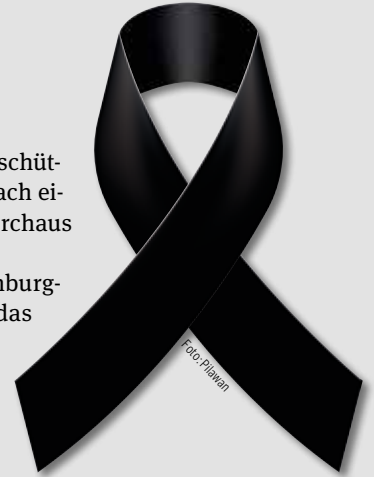
Fotos: GdP-KG Mannheim



Wir trauern um Rouven

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Nachricht von dem brutalen Mord an Rouven hat uns tief erschüttert und lässt uns fassungslos zurück. Das Video von der Tat ist kaum zu ertragen. Die Suche nach einem Motiv kommt zu keinem Ergebnis, die Tat ist ohne jeden Sinn. Neben Trauer kann man durchaus auch Wut nachvollziehen.

Christian Schumacher, der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Mecklenburg-Vorpommern, sagte bei NDR MV live: „Wenn ein Kollege oder eine Kollegin gewaltsam, durch das Zutun Dritter verstirbt, dann löst das neben der Betroffenheit auch eine Schockstarre aus.“ Bezüglich des Berufsrisikos von Polizisten meinte er, dass sich alle darüber bewusst seien, dass sie jederzeit ein Opfer werden könnten. Man könne sich zwar auf vieles vorbereiten, aber eine hundertprozentige Sicherheit gebe es nun mal nicht. „Es gibt keine Glaskugel für die Polizei, die zeigt, dass dieses oder jenes Ereignis gewaltsam wird oder eben nicht.“



Die GdP-Baden-Württemberg und der GdP-Bundesvorstand weisen auf ein eingerichtetes Spendenkonto hin:

Baden-Württembergische Bank
IBAN: DE48 6005 0101 7871 5214 50
BIC: SOLADEST600
Verwendungszweck: „Rouven“

Mit dem Zusatz „Rouven“ erreichen die Spenden die Angehörigen unseres verstorbenen Kollegen.

Danke.

Spendenkonto:
Baden-Württembergische Bank
IBAN: DE48 6005 0101 7871 5214 50
BIC: SOLADEST600
Verwendungszweck: „Rouven“

#Mannheim
#einervonuns

Mit dem Zusatz „Rouven“
erreichen die Spenden
die Angehörigen unseres
verstorbenen Kollegen.



Foto: GdP-LB/BW

Herzlichen Glückwunsch und auf die nächsten 75!

Das Grundgesetz ist das Fundament unserer Demokratie. Am 23. Mai 1949 wurde das deutsche Grundgesetz verabschiedet, das die Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger festlegt. Zentrale Prinzipien sind die Würde des Menschen, die Gleichberechtigung, die Meinungsfreiheit und die Unabhängigkeit der Justiz. Diese fundamentalen Werte prägen seit 75 Jahren unsere Gesellschaft. Am 23. Mai 2024

feierte unsere Verfassung ihr 75-jähriges Bestehen.

In der Präambel des Grundgesetzes heißt es: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen, von dem Willen beseelt, als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen, hat sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben ...“ ■



Foto: GdP MV



Kein Dank des Innenministers für undankbare Aufgabe Abschiebung

Über die jüngste Pressemitteilung des Innenministeriums (scanne QR-Code), mit der Innenminister Christian Pegel den Landkreisen und kreisfreien Städten sowie der Ausländerbehörde des Landes für deren besonderes Engagement bei Abschiebungen dankt, zeigt sich der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, deutlich irritiert. „Natürlich ist es immer sehr zu begrüßen, wenn ein Minister die Arbeit, Erfolge und Leistungen von Mitarbeitern im öffentlichen Dienst sieht und anerkennt und diese Anerkennung öffentlich kundtut“, so Schumacher.

„Dass aber gerade bei dem hochsensiblen Thema Abschiebungen kein Wort für die Polizistinnen und Polizisten übrig ist, macht mich fassungslos. Da ist es nicht verwunderlich, wenn meine Kolleginnen und Kollegen das Gefühl haben, dass sich die Wertschätzung des Innenministers für die Arbeit der Polizei deutlich in Grenzen hält.“

Festzuhalten ist, dass die vom Innenministerium für das Jahr 2024 insgesamt 191 bislang durchgeführten Abschiebe- und Rückführungsmaßnahmen, für die den Ausländerbehörden das Lob ausgespro-



chen wird, allesamt ohne die Polizei nicht hätten durchgeführt werden können. So ist es mittlerweile täglich die undankbare Aufgabe der Beamtinnen und Beamten der Bereitschaftspolizei und der Polizeireviere, die Abschiebungen durchzusetzen, wenn abgelehnte Asylbewerber das Land nicht freiwillig verlassen wollen. Das ist für die Polizeibeamten äußerst belastend – physisch, weil die Einsätze oft in den frühen Morgenstun-

den stattfinden, damit die Flüge rechtzeitig erreicht werden können. Aber insbesondere auch die psychische Belastung ist sehr groß, da für die betroffenen Personen meist eine Welt zusammenbricht, wenn die Kolleginnen und Kollegen nachts vor der Tür stehen. Die Überstunden, die sich mit jedem Einsatz aufbauen, seien an dieser Stelle nicht näher erwähnt.

„Meine Kolleginnen und Kollegen haben immer mit Leuten zu tun, die nicht in ihr Heimatland zurückwollen. Ob das gerecht ist oder nicht, haben wir aber nicht zu beurteilen, da wir nur die Vollzugskräfte sind“, so Schumacher und ergänzt: „Wenn es dem Innenministerium nicht einmal eine Zeile in einem Pressestatement wert ist, auch das Engagement und die Belastung der Landespolizei anzuerkennen, schlage ich vor, die Landespolizei, wie in anderen Bundesländern bereits Praxis, von dieser polizeifremden Tätigkeit zu befreien und Vollzugsbeamten in den Kommunen zu übertragen.“

Der Dank der Kollegen wäre dem Innenminister zumindest sicher! ■



Kreisgruppe Neubrandenburg

Herzlichen Glückwunsch an Heike Reichert zum 40-jährigen sowie an Marco Retzlaff und Ronny Eichmann zum jeweils 25-jährigen Jubiläum der Mitgliedschaft in der GdP. Zu diesem Anlass luden Vertreter der Kreisgruppe Neubrandenburg die Jubilare zu einem gemeinsamen Frühstück ein, um einmal auf anderem Wege „DANKE“ zu sagen. In gemütlicher Runde wurden Erfahrungen und Gedanken ausgetauscht.



Marco Eichmann, Heike Reichert und Ronny Eichmann (von links)



Vorstand der Kreisgruppe Anklam neu gewählt

Am 4. Juni 2024 wurde durch die Mitgliederversammlung der Kreisgruppe Anklam ein neuer Vorstand gewählt.



Wahlen

Marco Bialecki und **Jana Halka** bleiben die Doppelspitze der GdP-Kreisgruppe in Anklam. Als Kassiererin wurden **Kerstin Schulz** und als deren Vertreterin **Sandra Dost** durch die Versammlung ins Amt berufen. Neue Mitglieder hat der Geschäftsführende Vorstand auch durch die Wahlen von **Anja Grünheit** als Schriftführer und **Susanne Bialecki** als ihre Vertreterin bekommen. Im weiteren Verlauf wurden noch Mitglieder des Gesamtvorstandes gewählt.

- Kassenprüferin: Anke Habermann
- Landeskontrollausschuss: Christian Vater
- Werbemittelbeauftragter: Stefan Körner
- JUNGE GRUPPE: Cindy Trehkopf
- Seniorengruppe: Hartmut Ewert und Bernd Nabert

Rechenschaftsbericht und Entlastung des alten Vorstandes

Vor den Wahlen legte der alte Vorstand Rechenschaft über seine Amtszeit ab. Marco

Bialecki berichtete zu den Aktivitäten des Vorstandes und über die finanzielle Aufstellung der Kreisgruppe. Der Vorstand wurde durch die Mitgliederversammlung einstimmig entlastet, ebenso die Kassiererin Kerstin Schulz nach dem Bericht der Kassenprüferin.



Fotos: GdP-KG Anklam

Gast: Christian Schumacher

Die interessante Mitgliederversammlung reicherte unser Landesvorsitzender Christian Schumacher mit Ausführungen zur gewerkschaftspolitischen Situation an. Allen Gewählten wünschen wir Erfolg, Freude an der Aufgabe und die nötige Portion Geduld und Hartnäckigkeit im Interesse unserer GdP-Mitglieder in Anklam. ■





Einsatzbetreuung anlässlich der Versammlungslagen in der Hansestadt Demmin

Vom 14. bis 16. Mai 2024 fand die Vollübung der Einsatzeinheiten des Polizeipräsidiums statt. Drei Tage übten die Einsatzeinheiten intensiv die taktische Zusammenarbeit in geschlossenen Einheiten. Dabei wurden eine gute Übungsstruktur geplant und diverse Szenarien umgesetzt, die die Handlungssicherheit bei künftigen Praxiseinsätzen erhöhen.

Die GdP-Kreisgruppen Rostock, Schwerin und Nordwestmecklenburg waren jeden Tag

vor Ort, um die Kolleginnen und Kollegen zu versorgen. Die süßen, energiehaltigen Leckereien sorgten für die notwendige Durchhaltekraft an den intensiven, sonnigen Tagen. Im Rahmen von Gesprächen am Versorgungsstand konnten auch diverse Probleme und polizeiliche Herausforderungen diskutiert werden, die innerhalb der EE-Einsätze entstehen. ■



Fotos: GdP MV



Foto: GdP-KG Rostock



Gemeinsam für mehr Sicherheit

Optimal versichert und gemeinsam stark: Wir freuen uns, euch mitteilen zu können, dass sich drei starke Partner im Bereich der Polizeiversicherung (PVAG) für Mecklenburg-Vorpommern zusammengeschlossen

haben! Stefan, Andreas und Bernd präsentieren euch geballte Informationen, Tipps und Einblicke. Folgt dem gemeinsamen Instagramkanal für exklusive Inhalte und eine gut versicherte Zukunft! ■



Herzlichen Dank für euer Gedenken an unseren verstorbenen Kollegen





Hackerangriff auf die Webseiten der Landesregierung und der Polizei MV

Die Polizei braucht einen Cyberschutzschirm aus einem Guss.

Nur aufgrund der hohen Fachkompetenz der wenigen Kolleginnen und Kollegen im Bereich der Cybersicherheit gelingt es, Cyberangriffe rechtzeitig zu erkennen, abzuwehren und deren Verursacher zu identifizieren. Ihre hervorragende Arbeit kann man nicht genug würdigen“, so der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Christian Schumacher, mit Blick auf die Zunahme von Cyberangriffen auf staatliche Stellen und Institutionen.

Oft im Klein- und Minimalstandard stecken geblieben

Bundesweit wird beinahe täglich von einem massiven Cyberangriff auf Polizei, Gesundheitseinrichtungen, Kommunen und Ministerien berichtet. Die Folge sind oft das tagelange Nichterreichen von Webseiten staatlicher Stellen bis hin zu Rathäusern und Meldestellen, die lange Zeit geschlossen sind, weil ihre Systeme abgeschaltet werden mussten.

Schumacher weiter: „Während Politikerinnen und Politiker von Unternehmen immer wieder fordern, mehr für den Schutz ihrer Datensysteme zu tun, ist man im staatlichen Denken oft im Klein- und Minimalstandard stecken geblieben. Die politischen Entscheider müssen endlich handeln, um insbesondere die kritische Infrastruktur vor Cyberangriffen effektiv zu schützen.“

Cyberangriffe machen nicht an den Grenzen von Bundesländern halt. Daher muss unverzüglich Geld in die Hand genommen werden, um Fachleute für den Schutz kritischer staatlicher Infrastrukturen zu gewinnen sowie Hardware und Software beschaffen zu können.

„Die Politik muss aufhören zu schlafen. Wir brauchen JETZT ein Sondervermögen für die innere Sicherheit, um einen bundes-

weiten starken Schutzschild gegen Cyberangriffe zu schaffen“, so Schumacher abschließend.

(24. Mai 2024, 10:23 Uhr, dpa mv)

Regierung und Polizei betroffen: Hackerangriff dauert an

Der Hackerangriff auf die Webseiten der Landesregierung und der Polizei von Mecklenburg-Vorpommern dauert an. Das teilte eine Sprecherin des Innenministeriums auf Nachfrage der Deutschen Presse-Agentur am Freitag mit. Die Regierung in Schwerin hatte zuvor mitgeteilt, dass seit dem 23. Mai 2024 verschiedene Internetseiten der Landesregierung, der Landespolizei sowie des Verfassungsschutzes nur eingeschränkt erreichbar seien. Von wo der Angriff kommt, ist bislang nicht geklärt.

Es ist jedoch nicht der erste Angriff dieser Art. Im April und November vergangenen Jahres hatte es ebenfalls Hackerattacken gegeben. „Die ersten Analysen haben schnell gezeigt, dass es sich erneut um sogenannte DDoS-Angriffe handelt, bei denen die Server durch massenhafte Anfragen überlastet werden sollen“, hatte Landesdigitalisierungsminister Christian Pegel (SPD) am Donnerstag mitgeteilt. ■



Foto: Thaul Images/Adobe Stock